

Die Europäische Union in der Krise: Auswege und Handlungsoptionen

Martin Schulz (MdEP) im Gespräch mit Joachim Jens Hesse

Herr Präsident, der Europäisierungsprozess steht zweifellos in einer Krise, die Sie sogar als potentiell „tödlich“ bezeichneten und gegen die Sie gegenwärtig eine bemerkenswerte Medienkampagne entfesseln. Was unterscheidet die heutige Krise denn so deutlich von früheren krisenhaften Entwicklungen, etwa dem „Aufstand der Völker Europas“, nicht nur der Niederländer und der Franzosen, gegen den seinerzeit vorgesehenen Europäischen Verfassungsvertrag?

Ich sehe Europa in der Tat tödlich bedroht. Wir gehen in das fünfte Jahr der Krise. Und langsam begreifen wir, welchen Preis wir für diese Krise wirklich zahlen: Nach der Vernichtung von unvorstellbaren Vermögenswerten kristallisieren sich jetzt die langfristigen Folgewirkungen immer klarer heraus – der Raubbau an der Realwirtschaft, das beschädigte Vertrauen in die demokratischen Institutionen, das löchrig gewordene soziale Gewebe und der geschwächte Zusammenhalt in Europa.

Europa ist auch in Gefahr, weil die historischen Errungenschaften der EU allzu oft als selbstverständlich hingenommen werden. Unumkehrbar ist aber weder die europäische Integration noch der durch sie geschaffene Frieden und Wohlstand. Denn der Satz „Europa ist ohne Alternative“ ist falsch. Alles im Leben hat eine Alternative, auch Europa. Die Alternative wäre die Renationalisierung, weniger Zusammenarbeit, weniger Wohlstand, weniger Sicherheit.

Eigentlich sind wir in einer Situation, in der wir die europäische Zusammenarbeit in einigen Bereichen vertiefen müssten, in der wir mehr Europa bräuchten. Und genau in dieser Situation ist die Zustimmung zur EU auf einem Tiefpunkt angelangt. Die Idee Europas, nach der Völker und Staaten zusammenarbeiten, um über Grenzen hinweg in gemeinsamen Einrichtungen gemeinsame Probleme lösen, wird von der überwältigenden Mehrheit der Menschen unterstützt. Aber immer seltener verbinden sie diese Idee mit der EU. Wenn sich Menschen von

einem Projekt, von einer Idee abwenden, dann geht das irgendwann seinem Ende entgegen. Das lehrt die Erfahrung. Deshalb sehe ich die EU in tödlicher Gefahr.

Würde es helfen, in diesem Kontext auch zwischen hausgemachten und extern induzierten Problemen zu unterscheiden? Meist waren es ja doch „die anderen“ (die Mitgliedstaaten, die Märkte, die „Euroskeptiker“), die die Vertreter der EU-Organen für Übergangsprobleme verantwortlich machten. Sollte nicht auch Selbstkritik die Diskussionen in Brüssel, Straßburg und Luxemburg prägen, vielleicht sogar das Eingestehen einer bislang eher überschaubaren Lernfähigkeit?

Sicherlich ist Selbstkritik nötig und angebracht. Und sie wird ja durchaus auch geübt. Auch ich bin mit dem Zustand der EU nicht zufrieden und kritisiere offen und öffentlich, was meines Erachtens in Europa schief läuft. Wir müssen die EU reformieren und verbessern, wenn wir die Idee von Europa verteidigen wollen. Zur Reform der EU gehört unter anderem eine klare Kompetenzabgrenzung und eine umfassende und offene Debatte darüber, wer für was in Europa zuständig ist, wann aber auch die nationale, wann die regionale und wann die kommunale Ebene zuständig ist. Mein Plädoyer ist: Europa muss nicht alles machen, sondern muss sich auf das Wesentliche konzentrieren.

Fragen der unmittelbaren Daseinsvorsorge und der unmittelbaren Lebensgestaltung der Menschen, können und müssen subsidiär gelöst werden. Je ortsnäher man Probleme lösen kann, desto besser ist es, denn so können die Menschen in den Willensbildungsprozess mit einbezogen werden und so gewinnen Entscheidungen Legitimität. Nur zwei Beispiele: Aus welchem Grund muss sich die EU um die Wasserversorgung kümmern? Wasser ist ein elementares, lebenswichtiges Gut, das zu Recht in vielen Ländern in der öffentlichen Hand liegt. Aus welchem Grund sollte sich die EU um den Nahverkehr in Nordrhein-Westfalen kümmern? Das können die regionalen Akteure viel besser, denn niemand kennt die Situation vor Ort und die Bedürfnisse wie Wünsche der Bürgerinnen und Bürger vor Ort besser. Die Kompetenz für derartige Fragen liegt eindeutig vor Ort.

Nehmen wir das triviale Wort der „Krise als Chance“, in welche Richtung denken Sie im gegenwärtigen Fall? Was unterscheidet Ihren Ansatz von der über Jahrzehnte gewachsenen europäischen Anpassungshaltung, die letztlich meist auf Zeitgewinn, Erkenntnisfortschritt und taktische Rücksichtnahmen setzte?

Geht es um eine Trendwende, einen Paradigmenwechsel, gar die Anerkennung eines neuen Selbstverständnisses? Wenn ja, in welche Richtung und innerhalb welchen Zeitrahmens?

Nochmals: Für mich ist ein ganz entscheidender Punkt, dass die Menschen wissen wollen und wissen müssen, wer wofür zuständig ist und wer gegebenenfalls zur Rechenschaft gezogen werden kann. Dies ist derzeit allzu oft leider nicht der Fall – und das sorgt für Frustration und Ablehnung. Ich kann das gut nachvollziehen. Diese Kompetenzabgrenzung darf deshalb auch nicht nur theoretisch bleiben. Denn eigentlich gilt ja bereits jetzt das Subsidiaritätsprinzip – in der Praxis spielt es aber oftmals eine nur geringe Rolle.

Europa muss sich reformieren, damit sein Gesellschaftsmodell auch im 21. Jahrhundert überlebt. Dafür müssen wir lernen, unsere Demokratie zu verbessern. Wir müssen lernen, international mit einer Stimme zu sprechen. Wir müssen lernen, unser spezifisches Gesellschaftsmodell zu stärken. Und schließlich muss Europa seinen Beitrag leisten, einen entfesselten internationalen Kapitalismus wieder in die richtigen Bahnen zu lenken. Ich bin fest davon überzeugt, dass Europa dies alles schaffen kann.

Beginnen wir beim Blick auf die wesentlichsten europäischen Einrichtungen mit Ihrem Haus, dem Europäischen Parlament: Dessen schrittweise Bedeutungssteigerung ist offenkundig, die fehlende „Vollparlamentarisierung“ aber auch. Hinzu treten das ungeklärte Verhältnis zu den nationalen Parlamenten und die unter demokratietheoretischen Gesichtspunkten fehlende Gleichbehandlung der Mitgliedstaaten. Wie lange geht das gut? Was will und kann der amtierende Präsident anregen, vielleicht sogar durchsetzen, um die benannten „Schieflagen“ aufzulösen? Kann und sollte es etwa eine auch operativ wirksame Arbeitsteilung zwischen dem EP und den nationalen Parlamenten geben? Nur: Wie sähe diese aus?

Das Verhältnis zwischen Deutschem Bundestag und Europaparlament ist sehr gut. Hier gibt es keine Über- oder Unterordnung, sondern ein sich ergänzendes, miteinander verschränktes System. Die Zusammenarbeit sowohl auf politischer als auch auf Verwaltungsebene ist intensiv und konstruktiv. Gleiches gilt übrigens auch für die anderen nationalen Parlamenten. Das oftmals unterstellte Konkurrenzverhältnis erlebe ich in der Praxis nicht – oder nur kaum.

Ich möchte jedoch eine grundsätzliche Bemerkung machen: Die Tendenz zur Entparlamentarisierung in Europa, die wir in den vergangenen Monaten be-

obachten mussten, bereitet mir große Sorge. Immer lauter wurden die Stimmen, die den Parlamentarismus als zu langsam bezeichnen und die die Parlamente als unerfreuliche Zeitverschwendung, gar als Störfaktoren erachten. Immer lauter werden auch Stimmen, die – gerade beim Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) – parlamentarische Entscheidungen als nicht demokratisch legitimiert hinzustellen versuchen. Die Vorstellung, Demokratie bedeute nur direkte Beteiligung, ist schlicht falsch. Und sie ist gefährlich. Wenn ein Parlament mitwirkt, ist auch die Bevölkerung beteiligt.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum ESM-Vertrag war von entscheidender Bedeutung für Europa. Die Richter haben klar gemacht, dass alle Entscheidungen den Euro betreffend voll parlamentarisch legitimiert sein müssen – das gilt für die bundesdeutsche Ebene und die Rechte und Privilegien des Deutschen Bundestages; und das gilt genauso für die europäische Ebene hinsichtlich der Rechte und Privilegien des Europäischen Parlaments. Die Beteiligung des Parlaments am Krisenmanagement ist unabdingbar - sowohl um die demokratische Legitimität als auch um die Qualität der Maßnahmen zu gewährleisten. Denn eines ist klar: Der Euro ist die Währung der Europäischen Union. Das Europäische Parlament ist das Parlament der Europäischen Union. Ergo ist das Parlament des Euro das Europäische Parlament.

Dass die Kommission dringend einer nicht nur normativ, sondern auch und gerade funktional ausgerichteten Reform bedarf, ist inzwischen (scheinbar) Allgemeingut – der Weg bleibt allerdings materiell umstritten und im Verfahren steinig. Stehen wir hier vor einem Funktionswandel hin zu einer den Nationalstaaten gegenüber eher „dienenden“ Rolle und Funktion? Wie aber ließe sich das mit den wachsenden Erwartungen, den exekutiven Aufgaben und dem Initiativrecht verbinden? Und: Welche Anforderungen stellen Sie an das Amt des Kommissionspräsidenten, auch unter Berücksichtigung der sich scheinbar bewährende Ratspräsidentschaft?

Die Kommission nimmt in vielen wichtigen Politikbereichen bereits Regierungsverantwortung wahr – umso kurioser ist es, dass sich die Regierungschefs der Mitgliedsländer dagegen sperren, diese Realität auch offen auszusprechen. Deshalb darf man sich nicht wundern, dass die Menschen das europäische System nicht verstehen. Man sollte endlich aufhören, aus falsch verstandener Rücksichtnahme gegenüber den Europaskeptikern um den heißen Brei herumzuschleichen: Diejenigen, die regieren, sollten sich auch Regierung nennen dürfen.

Damit wird der Präsident der Europäischen Kommission der europäische Regierungschef. Dieser sollte auch gleich in Personalunion als Präsident des Europäischen Rates fungieren und die Treffen der Regierungschefs leiten. Eine kommissarische Zusammenlegung beider Präsidentenämter ist schon jetzt möglich; bei der nächsten Reform der Europäischen Verträge sollte das Amt des Ratspräsidenten dann ganz abgeschafft werden – in einem Gewaltenteilungsmodell ist es sinnwidrig. Eine Aufwertung der Kommission auf Kosten des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs hätte natürlich erhebliche Auswirkungen auf das bestehende System: Die Regierungschefs, die bislang auf ihren Gipfeltreffen so tun, als seien sie die eigentliche europäische Regierung, werden sich dann bescheiden müssen und endlich die Funktion einnehmen, die den Regeln der Gewaltenteilung entspricht, nämlich die einer Zweiten Kammer.

Nahezu alle vorliegenden Analysen zur Arbeit des Europäischen Rats und der Ministerräte verweisen bei Anerkennung der aufrecht erhaltenen Entscheidungs-routinen auf zentrale Defizite: die unzureichende parlamentarische Kontrolle, die Verselbständigung der Ratskonstellationen, die häufig fehlende Verbindung zum politisch-administrativen Vollzug. Wie sieht Ihr Weg in Richtung einer den Namen verdienenden europäischen Gewaltenteilung, zumindest aber eines gleichgewichtigeren Verhältnisses der EU-Organe zueinander, aus?

Wir – und damit sind vor allem die Staats- und Regierungschefs gemeint – müssen endlich für institutionelle Klarheit sorgen und die europäische Demokratie stärken. Die EU braucht ein Gewaltenteilungsmodell, wie es die Bürgerinnen und Bürger aus ihren Nationalstaaten kennen: eine Regierung, ein Parlament, eine Zweite Kammer und einen Gerichtshof. Eigentlich gibt es diese Struktur bereits. Wir müssten die bestehenden Institution nur endlich bei ihrem richtigen Namen nennen: Die Kommission als europäische Regierung, ein Europäisches Parlament, das diese Regierung wählt und kontrolliert, und mit der Zweiten Kammer zusammen, dem Rat, die Gesetze für die EU verabschiedet – und zu diesen Rechtsakten wollen wir auch endlich Gesetze sagen! Ein Europa, das nicht demokratisch ist, wird von den Menschen niemals akzeptiert werden.

Eine der interessantesten Ihrer in den vergangenen Wochen vorgetragenen und gerade wieder aufgenommenen Anregungen richtet sich auf eine gewisse „Arrondierung“ von Aufgabenfeldern. Danach schlagen Sie vor, die mitgliedstaatliche Zusammenarbeit auf nur vier Bereiche zu konzentrieren, hierfür dann aber

auch eine europäische Regierungsorganisation vorzusehen: den Handel, den Kampf gegen die Spekulation, die Bekämpfung des Klimawandels und Fragen der Migration. Der Vorschlag ist auch deshalb bemerkenswert, weil er aus der nahezu lähmenden Konzentration auf die Agrar- und Struktur-/Regionalpolitik herausführen könnte und zudem der „kreativen“ Aufgabenfindung durch die Kommission ein Ende bereitere. Ist das schon konsensfähig? Welche Rückmeldungen (nationalstaatlich wie europäisch) erreichen Sie zu diesen Vorschlägen?

Ob das konsensfähig ist, wird man sehen. Mein Ziel ist es, endlich eine seriöse Debatte darüber anzustoßen, was die EU kann und soll und was nicht. Und dass diese Debatte endlich auch zu konkreten Ergebnissen führt. Die EU muss sich nicht um alles kümmern. Zugleich muss aber in den Hauptstädten eingesehen werden, dass kein Land alleine – auch nicht das starke Deutschland – die globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen kann. Denn der Wunsch nach einem Rückzug in die vermeintliche nationalstaatliche Idylle ist angesichts der Undurchschaubarkeit der gegenwärtig wirkenden Kräfte und Zusammenhänge verständlich. Aber es wäre gefährlich, sich dieser Illusion hinzugeben. Abschottung verspricht keine Lösung, im Gegenteil: Wir hängen existentiell voneinander ab. Ein Zurück in den angeblich so sicheren Schoß des Nationalstaates kann es nicht geben. Ganz im Gegenteil: Nur ein starkes, nur ein einiges Europa wird die Herausforderungen der Zukunft meistern können.

Bündeln wir die Macht der 27, bald 28 Staaten, unserer 500 Millionen Menschen und des reichsten Binnenmarktes der Welt, dann können wir etwas bewegen. Es ist absurd, angesichts der demographischen, wirtschaftlichen und währungspolitischen Aussichten zu glauben, jetzt sei die große Stunde der nationalen Währungen und der Nationalstaaten gekommen. Wir brauchen die EU mehr denn je. Wenn wir nicht zusammenhalten, wenn wir uns in unsere Einzelteile zerlegen, dann driften wir in die weltpolitische Bedeutungslosigkeit ab und büßen unsere Handlungsfähigkeit und unsere Demokratie ein.

In den die Staats- und Europawissenschaften konstituierenden Disziplinen (also den Rechts-, Wirtschafts- und den Sozial-/Kulturwissenschaften) mehren sich seit geraumer Zeit Forderungen nach einer konsequenten Aufgabenkritik auch auf europäischer Ebene, eine Anregung, die den Weg zu einer „rationaleren“ Aufgabendiskussion weisen sollte. So wie in Deutschland Bund, Länder und Kommunen gelernt haben, aufgabenkritische Untersuchungen funktional- und strukturentformerischen Überlegungen voranzustellen, ergäbe sich auf europäischer

Ebene zudem die Chance, auf diesem Weg die britische Regierung, die Ähnliches vorschlägt, wieder an den Europäisierungsprozess heranzuführen. Ist das zu optimistisch gedacht?

Ich wünsche mir Großbritannien als aktives Vollmitglied in der EU, als ein Mitglied das die EU-Politik bereichert und mitgestaltet. Das so häufig zitierte „Rosenpicken“ kann und wird es jedoch nicht geben. *David Cameron* geht es darum, den rechten, europafeindlichen Flügel seiner Partei zu bedienen. Er möchte die Sonderstellung Großbritanniens in der EU weiter ausbauen. Dies betreibt er auf der Basis einer relativ aggressiven Rhetorik. Dahinter verbirgt sich die Haltung: Viel für uns, aber wenig gemeinsam. Seine Rede und sein Vorgehen zielen weniger auf Europa als auf seine schwierige innerparteiliche Situation. Ich bezweifle aber, dass er die Geister, die er rief, wieder zurück in die Flasche bekommt. Außerdem kann ich nicht verstehen, wie ein Premierminister ein besonderes demokratisches Vorgehen für sich reklamiert, seinem Volk aber sagt, erst wählt ihr mich wieder, dann lass ich Euch über die EU abstimmen. Er hat nicht das Referendum im Auge, sondern die nächsten Wahlen.

David Cameron spricht allerdings auch von der mangelnden demokratischen Legitimation Europas. In diesem Punkt gebe ich ihm Recht. Doch: Jedes Mal, wenn wir mehr Rechte etwa für das Europäische Parlament fordern, scheitert dies – unter anderem – an Großbritannien. *Cameron* zeigt also mit dem Finger auf ein Problem, das er selbst mit verursacht hat. Wenn seine Rede nun dazu führt, dass wir solche Probleme erkennen und echte Lösungen finden, bin ich der Erste, der dafür ist.

Im Übrigen stimme ich der von Ihnen vorgeschlagenen Aufgabenkritik zu, auch um die politische durch eine funktionale Logik zu ergänzen.

Dass die „Völker Europas“ inzwischen unruhig geworden sind und die EU an ihren Ergebnissen messen, ist offenkundig. Die Literatur zum „Demokratiedefizit der Union“, zur „fehlenden europäischen Öffentlichkeit“ oder auch zur „unzureichenden Legitimation“ füllt ganze Bibliotheken, läuft materiell aber leer. Welche Chancen bleiben aus Ihrer Sicht, der Bevölkerung tatsächlich voice, Ihnen also im Wortsinne Stimme zu geben, die über die routinehaften Wahlen zum EP (samt der beschämenden Beteiligungswerte) hinausgehen? Ist die Zeit reif für die Direktwahl des/eines EU-Präsidenten? Und was heißt das wiederum für das Gleichgewicht der Organe?

Es ist überfällig, dass die europäischen Parteien für die Europawahlen 2014 jeweils einen Spitzenkandidaten aufstellen, der oder die in allen 28 EU-Mitgliedsländern antritt. Damit könnte die Europawahl 2014 eine echte Wende in der europäischen Demokratie einleiten und zur Geburtsstunde wahrhaft europäischer Parteien werden: mit gesamteuropäischen Spitzenkandidaten, gesamteuropäischen Programmen und gesamteuropäischen Wahlkampagnen. Diese Wende lässt sich nur erreichen, wenn die Stimmabgabe bei Europawahlen auch wirklich Einfluss auf die Ausgestaltung der europäischen Politik hat. Bei Wahlen muss man die Möglichkeit haben, für eine Partei oder eine Person zu stimmen, mit deren Programm man übereinstimmt und der man deshalb Verantwortung übertragen will, und man muss auch die Möglichkeit haben, eine Partei oder Regierung abstrafen zu können. Fehlt diese Möglichkeit, werden viele Menschen an der Legitimität des ganzen Systems zweifeln. Genau das passiert derzeit in Europa und das muss sich dringend ändern. Deshalb ist es auch wichtig, dass sich die Spitzenkandidaten der europäischen Parteien nach der Europawahl 2014 um das Amt des Kommissionspräsidenten bewerben. Kommissionspräsident wird dann der Kandidat oder die Kandidatin, der oder die im Europaparlament eine Mehrheit der Abgeordneten hinter sich versammeln kann. Das ist übrigens schon jetzt im Lissabonner Vertrag so festgeschrieben.

Bislang kungelten die Staats- und Regierungschefs hinter verschlossenen Türen aus, wer Kommissionspräsident wird. Durch dieses vordemokratische Verfahren gab es bislang nur eine geringe Bindung des Kommissionspräsidenten an das Europaparlament. Der Europawahlwahlkampf 2014 wird ein anderer sein, er wird nicht mehr – wie so oft in der Vergangenheit – den Charakter eines Volkshochschulkurses über die Bedeutung Europas haben, sondern endlich die so dringend benötigte Plattform bieten, um über politische Richtungsentscheidungen zu debattieren – schließlich gibt es genug Fragen, über die es zu beraten gilt und auf die die unterschiedlichen Kandidaten eine Antwort geben müssen.

Bisher spielen die europäischen Parteien in der EU-Politik leider kaum eine Rolle. Man kennt sie auch nicht wirklich. Wir werden sie deshalb stärken müssen, wenn wir die europäische Demokratie insgesamt stärken wollen. Die Funktion, die die politischen Parteien bei uns im Land haben, müssen sie auch in Europa übernehmen. Ohne europäische Parteien als Motor wird eine europäische Öffentlichkeit kaum Fahrt aufnehmen können, ohne sie wird es uns nicht gelingen, europäische Themen nicht nur unter den jeweiligen nationalen Logiken, sondern europaweit zu diskutieren. Wir brauchen europäische Parteien, die in Kenntnis der nationalen Positionen Europa als Ganzes im Blick behalten.

Wenn ich Ihre bisherigen Antworten und die öffentlichen Verlautbarungen aus den vergangenen Wochen richtig interpretiere, favorisieren Sie den angesprochenen Paradigmenwechsel hin zu einer klareren Arbeitsteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der Union, wobei Sie interessanter Weise den Begriff der Daseinvor- und –fürsorge einsetzen, die Sie für die nationalen, regionalen und lokalen Akteure reservieren, während sich der europäische Zugriff auf die benannten Themenfelder beschränken sollte. Dies wäre (erstmalig) eine operativ wirksame Form der Subsidiarität, die den Beifall zahlreicher auch europaskeptischer Beobachter finden dürfte. Eine Nachfrage dazu müssen Sie allerdings erlauben: Ist das tatsächlich Ihr gedanklicher blueprint für die künftige Entwicklung oder letztlich (zumindest auch) eine taktische Verbeugung vor den sich europapolitisch türmenden Problemen und Widerständen?

Vor Problemen und Widerständen habe ich keine Angst, und ich bin ja auch nicht bekannt dafür, diesen aus dem Weg zu gehen, sondern Klartext zu reden, wenn es der Sache dient. Mit Taktik hat das nichts zu tun. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass die EU sich nicht um alles kümmern muss. Oftmals ist dies ja gut gemeint, geschieht in hehrer Absicht. Doch es kommt zu oft anders an. Das Subsidiaritätsprinzip ist für mich kein hohler Begriff: Bei allem, was die kommunale, die Landes- oder die Bundesebene besser regeln kann, sollte sich Europa heraushalten. Und da, wo Handeln nur im Verbund sinnvoll ist und die Kompetenzen deshalb an die EU übertragen werden, sollten wir die europäischen Strukturen so verändern, dass durch diese Übertragung kein Demokratiedefizit entsteht. Auf diese Diskussion über das neue, entfesselte Europa freue ich mich, denn es wird eine Diskussion darüber werden, wie wir leben wollen und was uns wichtig ist.

Der Regisseur *Wim Wenders* sagte mir vor einem dreiviertel Jahr. „Die Idee, die Du da beschreibst ist unbestritten, aber aus der Idee ist die Verwaltung geworden. Und jetzt glauben die Menschen, die Verwaltung sei die Idee.“ Er hat präzise auf den Punkt gebracht, was die Menschen mit der EU in Verbindung bringen. Mein Eindruck ist, dass immer mehr Menschen die EU als Teil des Problems und nicht als Teil der Lösung sehen. Sie nehmen die EU als anonyme Macht wahr, die ihr Leben beeinflusst, ohne dass man mitreden kann. Aus der EU ist eine Union geworden, die ich als *Frankenstein*-Europa bezeichne. Denn seit 40 Jahren übertragen wir nationalstaatliche Souveränität auf eine transnationale Ebene. Wenn ich die nationale Souveränität entkerne, aber die Gewaltenteilung nicht gleichzeitig auf die europäische Ebene übertrage, entsteht dieses *Frankenstein*-

Europa. Wenn wir wirklich eine supranationale Souveränität schaffen wollen, brauchen wir auch eine supranationale Gewaltenteilung.

Zum Abschluss etwas, was man „finalité revisited“ nennen könnte: Wo landet Europa letztlich bei Verfolgung des gegenwärtigen Integrationsverständnisses? Beim Beitritt Kroatiens, des restlichen Westbalkans und der Türkei, trotz der bedrückenden Erfahrungen mit der erkennbar zu frühen Mitgliedschaft Bulgariens und Rumäniens? Und welche Form der Union erscheint Ihnen letztlich angemessen (und zukunftsfähig): die bundesstaatliche Organisation oder letztlich doch der Verbund von Nationalstaaten? Der Ruf nach den „großen Erzählungen“ (Narrativen) in allen Ehren, aber reicht er aus, die „Völker Europas“ wieder mit dem Europäisierungsprozess zu versöhnen? Es gibt doch keine wirklichen, mithin ernst zu nehmenden Europagegner, aber es findet sich eine (zu) große Zahl Enttäuschter, die es wieder zu gewinnen gilt – vermutlich weniger über weitere, nicht selten unrealistische Absichtserklärungen, als über transparente, operativ wirksame und an den tatsächlichen Problemen Europas ausgerichtete Politiken.

Europa wird demokratisch sein – oder es wird scheitern. Im Umkehrschluss gilt: Ohne Europa wird unsere Demokratie scheitern. In einer Welt, in der mehr und mehr Lebensbereiche globalisiert sind, verschärft sich die Notwendigkeit, grenzüberschreitend zusammenzuarbeiten. Der Klimawandel, die Regulierung der Finanzmärkte, die Bekämpfung des Hungers, die Flüchtlingsproblematik und eine effektive Rüstungskontrolle sind von einzelnen Staaten nicht zu bewältigen. Selbst wenn es die EU morgen nicht mehr gäbe, bestünde dennoch die Notwendigkeit, dass europäische Staaten gemeinsam Lösungen erarbeiten. Deshalb würde ein Zerfall der EU ihren Mitgliedstaaten nicht die Souveränität und Handlungsfreiheit verschaffen, die sich die Europaskeptiker erhoffen. Die EU ist der einzigartige Versuch, mittels einer politischen Union demokratische Prinzipien in die transnationalen Beziehungen einzuführen, das heißt, Demokratie auch in einer globalisierten, interdependenten Welt weiterhin zu ermöglichen. Es kann also bei der Diskussion über die EU weniger um die Frage gehen, ob wir durch die Rückkehr zum Nationalstaat unsere Souveränität wiedergewinnen können. Dies kann nicht gelingen; die eigentliche Frage lautet, wie wir die Demokratie in den Zeiten der Globalisierung durch die EU zurückgewinnen können.